

Deputation für Bildung
(staatlich)
Sitzungsprotokoll der 34. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 - 2011

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
02. Dezember 2010	10:15 Uhr	12:25 Uhr	Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.10.2010
- TOP 3 Verordnung über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in öffentliche allgemeinbildende Schulen Vorlage L139/17
- TOP 4 Entwicklungsplan des Landes Bremen zur schulischen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an unterstützender Pädagogik und sonderpädagogischer Förderung (Entwicklungsplan Inklusion) Vorlage L140/17
- TOP 5 Bericht zum Stand der Schulentwicklungsplanung und zur Einrichtung von Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) in Bremerhaven
- TOP 6 Veränderung der Verordnung über den Erwerb der Abschlüsse durch Abschlussprüfungen im Sekundarbereich I, hier: Einführung einer Projektarbeit als Zulassungsvoraussetzung anstelle der Prüfung in einer anderen Prüfungsform Vorlage L141/17
- TOP 7 Verschiedenes

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Senatorin begrüßt die Anwesenden und Herrn Dr. Paulenz und dankt den Vertreterinnen der Initiative „eine Schule für Alle“ für das Verteilen von Weihnachtsgebäck an die Delegierten.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.10.2010

Frau Lichtenberg (Personalrat Schulen) bittet zu TOP 9 um folgende Änderung des Protokolls: Nach ...„Der PR- Schulen begrüßt die Verordnung ...“ soll „...und fragt nach der Unterrichtsverpflichtung...“ ersetzt werden durch „...und kritisiert die Höhe der Unterrichtsverpflichtung und den fehlenden Ausbildungsunterricht ab dem 2. Halbjahr“.

Das Protokoll der Sitzung vom 28.10.2010 wird mit der vorstehenden Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 3 Verordnung über die Aufnahme von Schülerinnen Vorlage L139/17 und Schülern in öffentliche allgemeinbildende Schulen

Frau Senatorin Jürgens-Pieper dankt für die konstruktiven Gespräche aller Beteiligten, um insbesondere die Abstimmung zwischen Freien Schulen und städtischen Schulen, besser hin zu bekommen. Herr Paschek (Vertreter der Freien Schulen) weist unter anderem daraufhin, dass der Termin 15.02.2010 schwierig zu halten sein werde, dass aber die Eltern die Annahme des Schulplatzes an einer Freien Schule und den Verzicht zur Aufnahme an einer öffentlichen Schule verbindlich erklären werden.

Er bittet darum diese Erklärung als „Annahmeerklärung“ anstelle von „Verzichtserklärung“ zu bezeichnen. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt zu, diesen Änderungsvorschlag im Rahmen des Beteiligungsverfahrens aufzunehmen.

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Bildung nimmt die Verordnung über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in öffentliche allgemeinbildende Schulen gemäß Anlage 1 zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 4 Entwicklungsplan des Landes Bremen zur schulischen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an unterstützender Pädagogik und sonderpädagogischer Förderung (Entwicklungsplan Inklusion)

Die Vorlage wird ausführlich erörtert. Auf Nachfrage von Herrn Güngör, erklärt Frau Senatorin Jürgens-Pieper, dass es sich bei dem Plan um die gleiche Fassung handelt, wie die, die dem Ausschuss für Sonderpädagogik am 16.11.2010 vorgelegen hat. Auf Nachfrage von Frau Do-

gan, erklärt die Senatorin, dass ein Entwicklungsplan Migration und Bildung voraussichtlich im Frühjahr vorgelegt werde. Herr Dr. Steinbrück weist auf die bundesweite Vorreiterrolle Bremens hin, Grundsatzdiskussionen seien nicht mehr nötig, da die positive Entwicklungsrichtung aufgezeigt sei und der Plan die nötige Grundstruktur bringe. Frau Senatorin Jürgens-Pieper weist darauf hin, dass die weitere Umsetzung der inklusiven Beschulung auch davon abhängt, dass die demografische Rendite auch zukünftig zur Verfügung steht. Von den Deputierten und Gästen werden Fragen zur Information von Schulen und Eltern umfangreich erörtert. In diesem Zusammenhang wird auch auf die vielen Informationsmöglichkeiten zum Thema Inklusion, wie die öffentlichen Unterausschusssitzungen und das Stadtgespräch „Inklusion“ verwiesen. Weitere diesbezügliche Fragen sollen auch auf der Homepage der Senatorin für Bildung beantwortet werden. Elternvertreterinnen einzelner Förderzentren tragen vor, dass in der Elternschaft unterschiedliche Wünsche zum zeitlichen Horizont der Umsetzung bestehen. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sieht Bedarf, die Vertretung der Eltern behinderter Kinder in den Vertretungsorganen der allgemeinbildenden Schulen in der Zukunft besser zu verankern.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den vorgelegten Entwurf des Entwicklungsplans Inklusion zur Kenntnis.

TOP 5 Bericht zum Stand der Schulentwicklungsplanung und zur Einrichtung von Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) in Bremerhaven

**Anlage:
mdl. Bericht von
Herrn Dr. Paulenz**

Herr Dr. Paulenz (Magistrat Bremerhaven) berichtet ausführlich zum Stand der Schulentwicklung und der schrittweisen Umsetzung der inklusiven Beschulung in der Stadtgemeinde Bremerhaven. Dabei geht er besonders auf das Wahlrecht der Eltern, die Einbindung der Sonderpädagogen in den Regelunterricht und die Fortbildung der Lehrkräfte ein. Im Hinblick auf die Inklusion werden ab 2011/12 die ersten Kinder in die Regelbeschulung gehen. Er unterstreicht die gute Ausgangslage, die der geschlossene Schulkonsens biete und weist darauf hin, dass auch in Bremerhaven eine Umsetzung ohne die Nutzung der demografischen Rendite nicht zu schaffen sei. Frau Dogan und Frau Stahmann stellen Fragen zur Einrichtung eines ZuP am Lloyd-Gymnasium bzw. zur Beratung zur inklusiven Beschulung durch einzelne Schulleitungen, die Herr Dr. Paulenz beantwortet.

Herr Dr. Paulenz sagt zu, nach der Sitzung des Schulausschusses am 08.März erneut in der Deputation für Bildung über den weiteren Sachstand zu berichten.

**TOP 6 Veränderung der Verordnung über den Erwerb der Vorlage L141 /17 Abschlüsse durch Abschlussprüfungen im Sekundarbereich I,
hier: Einführung einer Projektarbeit als Zulassungsvoraussetzung anstelle der Prüfung in einer anderen Prüfungsform**

Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass mit dieser Verordnung eine vergleichbare Regelung wie für die Prüfungen am Ende der Oberstufe geschaffen werde.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung (Land) nimmt den anliegenden Verordnungsentwurf zur Kenntnis.

TOP 7 Verschiedenes

1. Der Bericht zu den Informationen aus der 331. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 14./15. Oktober 2010 in Berlin wird vorgelegt.
2. Der Ergebnisvermerk über die 10. Sitzung des Ausschusses Berufliche Bildung am 18.11.2010 wird vorgelegt.

Senatorin

Sprecher

Protokollantin